

Wahlprüfsteine vom Deutschen Richterbund – Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte - Landesverband Brandenburg e. V.

1. Beabsichtigte Schwerpunkte

- a) Bitte benennen Sie die beabsichtigten Schwerpunkte der Justizpolitik Ihrer Partei in der kommenden Legislaturperiode.**
- b) Welche Konzepte haben Sie für die kommende Legislaturperiode zur Wahrung und Stärkung des Justizstandortes Brandenburg?**
- c) Werden Sie sich dafür einsetzen, das Justizministerium als *eigenständiges* Ressort zu führen, um die aus Sicht des Richterbundes auch insoweit nötige Gewichtung wiederherzustellen?**

2. Justizorganisation

- a) Wollen Sie die ministerielle Justizverwaltung aufrechterhalten oder die Einführung einer Selbstverwaltung der Justiz unterstützen? Wenn ja, welche Vorstellungen bestehen dazu in Ihrer Partei?**
- b) Besteht die Absicht, die Gerichtsbezirke zu verändern und/oder Standorte zu schließen?**
- c) Wollen Sie an der bisherigen Struktur der Fachgerichtsbarkeiten festhalten?**

3. Personalausstattung

- a) Der Personalabbau in den vergangenen Jahren hat zu einer weiteren Überalterung des Personalkörpers in allen Diensten der Justiz geführt; die Pensionierungswelle rollt nunmehr spürbar auf uns zu. Zudem hat der Personalabbau zu einer deutlichen, verfassungswidrigen Verlängerung der Verfahrenslaufzeiten geführt. Wie wollen Sie dem entgegentreten?**
- b) Es treten im Justizbereich zunehmend belastungsbedingte Erkrankungen und andere Ausfälle in der Mitarbeiterschaft auf. Haben Sie Konzepte, um dem entgegenzuwirken?**
- c) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Justiz auch künftig als Arbeitgeber für Spitzenjuristen in allen Gerichtsbarkeiten bzw. in den Staatsanwaltschaften attraktiv bleibt?**
- d) Werden Sie für die nächste Legislaturperiode Neueinstellungen in den richterlichen Probendienst vornehmen? Wenn ja, für welche Bereiche? Wie viele Neueinstellungen sind Ihrer Meinung nach erforderlich?**
- e) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um insbesondere die durch die unter Richtervorbehalt stehenden Fixierungsmaßnahmen in den Kliniken und Justizvollzugsanstalten auftretende Mehrbelastung im regulären Dienst und im Eildienst zu kompensieren?**
- f) Der Pakt für den Rechtsstaat sieht für die Justiz bundesweit 2000 zusätzliche Stellen im Richter- und Staatsanwaltsdienst zuzüglich der Folgedienste vor. Brandenburg hat einen Teil dieser Stellen bereits geschaffen; die übrigen Stellenbesetzungen wurden der neuen Landesregierung vorbehalten. Wieviele Stellen würden Sie im Zuge des Paktes für den Rechtsstaat in den kommenden Jahren zusätzlich schaffen, in welchen Diensten?**

4. Besoldung

- a) Der Europarat hat in seiner Resolution 1685 (2009) die Bundesrepublik Deutschland dazu aufgefordert, die unzureichende Besoldung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und**

Staatsanwälte zu erhöhen. Die Besoldung der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte ist in Deutschland auch im Verhältnis zu den Gehältern von Spitzenjuristen in anderen Bereichen auch nach den Besoldungserhöhungen der letzten Jahre deutlich schlechter. Nach Ansicht der Justizberufsverbände wird in Brandenburg inzwischen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte keine amtsangemessene Besoldung mehr gewährt. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei zu diesem Thema?

b) Die Föderalismusreform 2006 hat zu einer immer weiter fortschreitenden Auseinanderentwicklung der Bundes- und Länderbesoldung geführt. Die Gehaltsunterschiede für die gleiche Tätigkeit betragen zum Teil mehrere hundert Euro. Wir fordern die Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung. Werden Sie diese Forderung unterstützen?

5. Sachliche Ausstattung der Justiz

Eine der größten Herausforderungen der Justiz ist nach wie vor die bundesgesetzlich vorgeschriebene Einführung der elektronischen Akte. Die Ausstattung des ZenIT und der Justiz ist weder technisch noch personell ausreichend. Es wird immer schwieriger, geeignete Fachleute im IT – Bereich zu gewinnen. Derzeit ist es auch in Ansehung des bisherigen Pilotprojekts kaum vorstellbar, dass diese Herausforderung im Land Brandenburg bewältigt werden kann. Wie wollen Sie diesem Problem begegnen?

6. Sicherheit der Justizgebäude

Wie wollen Sie für eine sachliche und personelle Ausstattung an den Gerichten und Staatsanwaltschaften sorgen, die auch eine lückenlose und für die Bürgerinnen und Bürger zumutbare Einlasskontrolle gewährleistet?

7. Weisungsrecht des Justizministers

Welche Position vertreten Sie und Ihre Partei zum externen Weisungsrecht des Justizministers in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren im Einzelfall? Wollen Sie die Möglichkeit einer gezielten politischen Einflussnahme auf rechtsstaatliche Verfahren beibehalten oder setzen Sie sich mit dem Deutschen Richterbund für eine zeitnahe Abschaffung ein?